

Kleine Anfrage Manuel C. Widmer (GFL): Bewachung von Schularealen: Stand der Dinge und Blick in die Zukunft

Am 06. April 2017 hat der Stadtrat das Geschäft 2016.FP1.000055 «Sicherheitsleistungen für Immobilien der Stadt Bern: Überwachung von Schul- und Sportanlagen, Kindergärten und Kindertagesstätten und weiteren Immobilien im Verwaltungsvermögen der Stadt Bern; Verpflichtungskredit» mit 21 Ja zu 29 Nein bei 11 Enthaltungen abgelehnt. Seither bleiben Schulareale in der Stadt Bern unbewacht – auf jeden Fall da, wo die Hauswertschaft nicht auf dem Areal wohnt und diese Arbeit (wohl oder übel) übernimmt.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Alternativen zum damals abgelehnten Vorschlag wurden bis heute ins Auge gefasst und wo stehen diese in ihrer Abklärung/Entwicklung?
2. Kritik erntete vor allem der Umstand, dass die Bewachung v.a. durch Private Sicherheitsfirmen vollzogen wurde. Sind Abklärungen mit der Kantonspolizei aufgenommen worden, um in Erfahrung zu bringen, ob und unter welchen Umständen «die Überwachung von Schul- und Sportanlagen, Kindergärten und Kindertagesstätten und weiteren Immobilien im Verwaltungsvermögen» von diesem staatlichen Organ übernommen werden könnte? Wenn ja, wo stehen die Diskussionen?
3. Über welche Instrumente verfügt die Stadt aktuell, um Littering und Vandalismus bei den erwähnten Immobilien einzuschränken oder zu verhindern?
4. Welche Unterstützung erhalten die Hauswertschaften in dieser Sache?
5. Bis wann ist mit Ergebnissen und einer neuen Vorlage zu rechnen?

Bern, 31. August 2017

Erstunterzeichnende: Manuel C. Widmer

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI) hat beschlossen, die Situation vorerst zu beobachten und anfangs nächstes Jahr zu entscheiden, ob weitere Massnahmen nötig sind. Die zu-ständige Abteilung, Immobilien Stadt Bern (ISB) steht jedoch in Kontakt mit "Ost-Netz"¹ sowie dem "Beschwerdemanagement"². In diesen beiden Organisationen sind Vertreterinnen und Vertre-

¹ Arbeitsgruppe besteht aus Teilnehmenden von Pinto, Polizei, Jugendarbeit, TOJ, Quartierkommissionen, Hausdienstorganisationen von diversen Eigentümerinnen und Eigentümern

² Die Arbeitsgruppe «Beschwerdemanagement» im Stadtteil 6 (Bümpliz-Bethlehem) bestehend aus Fachleuten der Quartier- und Jugendarbeit, der Quartierkommission, der reformierten Kirchen, der Kantonspolizei und von PINTO bearbeitet als eingespieltes Team Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum. Kernstück der AG Beschwerdemanagement ist die schnelle und koordinierte Vorgehensweise unter Einbezug der Beteiligten und Betroffenen.

ter von Quartieren, PINTO (Prävention, Intervention, Toleranz, Stadt Bern) sowie diversen Eigentümerinnen und Eigentümern, welche sich mit dieser Thematik befassen. Weiter steht ISB laufend auch direkt in Kontakt mit PINTO.

Zu Frage 2:

Der Direktor für Finanzen, Personal und Informatik hat im Stadtrat bereits anlässlich der Beratung des abgelehnten Verpflichtungskredits für die Überwachung der Schulareale dargelegt, dass die Kantonspolizei für einen spezifischen Überwachungsauftrag der Schulareale nicht in Frage kommt. Hingegen finden neu vermehrt Patrouillenfahrten auf Schulanlagen statt. ISB tauscht sich laufend mit der Polizei über die Thematik aus. Dabei wird unter anderem über einen formalisierten Informationsaustausch im Rahmen der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten diskutiert.

Zu Frage 3:

Littering ist ein mehrdimensionales Problem und kann dementsprechend nur durch ein Zusammenspiel von verschiedenen Massnahmen gelöst werden. Dazu gehören unter anderem die von der Stadt kürzlich initiierten Pilotprojekte zur Abfalltrennung (öffentlicher Raum/Badeanstalten/Schul- und Sportanlagen, Kindergärten und Kindertagesstätten) sowie die erfolgreich durchgeführte Kampagne "Subers Bärn, zäme geits". Im Bereich Vandalismus (vor allem bei Sprayereien) konnte durch die inzwischen langjährige und bewährte Zusammenarbeit mit dem Verein Casa Blanca gerade aufgrund der schnellen Intervention erhebliche Erfolge verzeichnet werden. Analog zur gesamtstädtischen Kampagne "Subers Bärn" wird zur Stärkung der Eigenverantwortung eine Ausweitung der Sensibilisierungsmassnahmen in den Schulanlagen geprüft.

Zu Frage 4:

Die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI) unterstützt die betroffenen Hauswarschaften so gut wie möglich. So hat der Direktor FPI die Hauswarschaften der besonders betroffenen Schulanlagen vor Ort besucht und sich über die Probleme persönlich ins Bild gesetzt. Es findet ein regelmässiger Informationsaustausch zwischen den Betroffenen und den Verantwortlichen von ISB statt. Überdies wird die Entwicklung der Situation laufend festgehalten (siehe Antwort zu Frage 5). Die betroffenen Hauswarschaften wie auch die Schulleitungen bedauern den Wegfall der Unterstützung durch die externen privaten Sicherheitsdienste. Die Hauswarschaften werden durch Pinto und bei schwerwiegenden Vorkommnissen durch die Polizei unterstützt. Sie sind angehalten, in heiklen Situationen die Polizei zu alarmieren.

Zu Frage 5:

ISB erfasst seit Einstellung der Dienstleistungen der privaten Sicherheitsdienstleister systematisch die Auswirkungen auf den betroffenen Schulanlagen. Der Gemeinderat plant, die zuständige Kommission des Stadtrats über die Ergebnisse der Auswertung im ersten Semester 2018 zu informieren und – falls erforderlich – entsprechende Massnahmen mit einer neuen Vorlage dem zuständigen finanzkompetenten Organ zu beantragen.

Bern, 20. September 2017

Der Gemeinderat